

1488/J

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesregierung

betreffend Willkür der Bundesregierung bei der Gewährung von Publizistikförderung

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Bundesregierung bei der Gewährung von Publizistikförderung in vier Fällen von der Empfehlung des überparteilichen Publizistikbeirates abzuweichen: Zeitschriften, die sämtliche gesetzliche Voraussetzungen erfüllen, soll eine Förderung verweigert werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. In welchen Fällen beabsichtigt die Bundesregierung bei der Förderung von Kleinzeitschriften von der Empfehlung des Publizistikbeirates abzugehen?
2. Wie wird diese Entscheidung begründet?
3. Warum wurde die Gewährung der Publizistikförderung von der Tagesordnung des Ministerrates am 20.11.1996 abgesetzt?
4. Trifft es zu, daß die ÖVP die Gewährung von Förderungen für eine Reihe von Zeitschriften, hinsichtlich derer eine positive Empfehlung des Publizistikbeirates vorlag, mit der Gewährung von Förderungen für zwei Zeitschriften des Kartellverbandes - die die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllten und demnach auch nicht vom Publizistikbeirat für eine Förderung vorgeschlagen wurden - junktiniert hat?
5. Derartige Junktims mögen in der politischen Praxis der Koalitionsregierung - insbesondere von seiten der ÖVP üblich sein. Entsprechen sie Ihrer Auffassung nach auch rechtstaatlichen Grundsätzen?
6. Das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik normiert in § 7 Abs 1 eine Reihe präziser gesetzlicher Voraussetzungen, unter denen eine Förderung erfolgen kann. Tritt zu diesen Voraussetzungen als weitere - vom Gesetz nicht erwähnte - die Übereinstimmung der Blattlinie mit der Weltanschauung des ÖVP-Klubobmanns Khol?
7. Die Förderungspraxis der Bundesregierung - bzw der ÖVP-Ministerratsfraktion - in den letzten Jahren orientiert sich anscheinend mehr an politischen Überlegungen als am zu Grunde liegenden Bundesgesetz. Steht das Verhalten der ÖVP-Ministerratsfraktion Ihrer Auffassung nach mit der seinerzeitigen Zustimmung des ÖVP-Mitglieds im Publizistikbeirat bzw der ÖVP-Minister in der Bundesregierung

zur Förderung des "Tatblattes " im Zusammenhang?